

ENDE DER PRESSEFREIHEIT IN UNGARN

Seit 2010 hat Viktor Orbán und seine Fidesz-Partei die Medienlandschaft Ungarns systematisch unter ihre Kontrolle gebracht. In seiner ersten Amtszeit von 1998 bis 2002 agierte Orbán noch proeuropäisch und griff kaum in die Pressefreiheit ein. Dies änderte sich jedoch dramatisch nach seinem Wahlsieg 2010.

MISSTRAUEN GEGENÜBER MSZP ALS POLITISCHER VORTEIL

2006 wurde im öffentlich-rechtlichen Radio eine heimlich mitgeschnittene Tonbandaufnahme des damaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány veröffentlicht. Darin sagte dieser, dass die Sozialistische Partei Ungarns (MSZP) „Tag und Nacht gelogen hat“, um den eigenen Wahlsieg zu sichern.

Daraufhin kam es zu Massenprotesten und die Sozialist:innen verloren massiv an Vertrauen. Dieses Misstrauen gegenüber der sozialliberalen Partei begünstigte den Wahlsieg Orbáns im Jahr 2010. Die darauffolgende Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament hatte drastische Einschränkungen der Medienlandschaft Ungarns zur Folge.

REPRESSIVE MEDIENGESETZE

Direkt nach seiner Wiederwahl 2010 verabschiedete Orbáns Regierung ein Gesetz, das es den Behörden erlaubt, Medien zu kontrollieren und zu bestrafen. Kritische Medien wurden durch den Entzug staatlicher Werbeanzeigen finanziell geschwächt, und oppositionelle Sender wie das „Klubradio“ wurden bei der Vergabe von Frequenzen benachteiligt.

Journalist:innen öffentlich-rechtlicher Medien werden zu „ausgewogener Berichterstattung“ und zur „Stärkung der nationalen Identität“ verpflichtet. Der Quellenschutz für Journalist:innen wurde gelockert und die Sanktionen für die Verletzung der Privatsphäre im Zuge der Berichterstattung verschärft.

2023 folgt das **Souveränitätsverteidigungsgesetz**. Eine neue Behörde kann Personen und Organisationen überprüfen, die die öffentliche Debatte im Land beeinflussen. „Diese Behörde kann auch Geheimdienstinformationen nutzen. Sie wird also Berichte über Personen und Organisationen verfassen“, so die ungarische Medienwissenschaftlerin Agnes Urban. Das Gesetz ist sehr unklar formuliert, was der Behörde einen großen Handlungsspielraum ermöglicht. Das Ziel ist es, unabhängige Journalist:innen zu verunsichern und den Zugang zu regierungskritischen Informationen wie Korruptionsvorwürfen zu erschweren.

Die Mehrheit der Medien Ungarns gehören regierungsnahen Unternehmen. Sie finanzieren sich indirekt über Steuergelder. Unabhängige Medien machen etwa 20 Prozent aus. Die regierungskritischen Medien, die noch übrig sind, werden als „Betrüger:innen“, „ausländische Agent:innen“, „Dollar-Linke“ und „Dollar Medien“ bezeichnet. Das Argument: Unabhängige Journalist:innen handeln im Auftrag ausländischer Medien, die Ungarn kritisieren und somit eine Gefahr für das Land darstellen.



ZENTRALISIERUNG MEDIENKONTROLLE, ENTLASSUNGEN

Parallel zum Gesetz wurde 2010/2011 eine mächtige staatliche Medienbehörde gegründet, die mit Sympatisant:innen Orbans besetzt wurde. Zugleich musste ein Drittel der 3 400 damals bei Radio, Fernsehen und Nachrichtenagentur MTI Beschäftigten gehen - unter den Journalist:innen vor allem die unabhängigen Köpfe. 2014 musste der Chef des größten ungarischen Nachrichtenportals „origo.hu“ auf Druck der Regierung seinen Posten räumen.

Unabhängige private Medien zahlen eine Sondersteuer von bis zu 40% ihrer Einnahmen an den Staat. Die geschäftlichen Rahmenbedingungen werden somit sehr viel schwerer. Das Ziel ist es, dass internationale Eigentümer unabhängiger Medien wie Ringier, Funke oder Bertelsmann aufgeben und das Land verlassen.

KONTROLLE DURCH SPIONAGESOFTWARE "PEGASUS"

Die Enthüllungen über die Spionagesoftware „Pegasus“ des israelischen Unternehmens NSO verschärfen die Situation. Ungarische Journalist:innen, Oppositionspolitiker:innen und Menschenrechtsaktivist:innen werden überwacht, was die Pressefreiheit und Demokratie weiter untergräbt und bedroht.

Die Spionagesoftware wird offenbar auch von einigen Staaten und Geheimdiensten genutzt, um Journalist:innen, Politiker:innen und Menschenrechtsaktivist:innen zu beobachten und auszuspähen. Die Pariser Non-Profit-Redaktion "Forbidden Stories" und die Menschenrechtsorganisation Amnesty International bekamen Zugang zu den sensiblen Daten und teilten sie mit einer Gruppe internationaler Journalist:innen. Diese entdeckten Telefonnummern ungarischer Journalist:innen auf einer Liste, sowie die Kontakte einiger mutmaßlicher Krimineller und von hochrangigen Medienmanager:innen, Rechtsanwält:innen oder Oppositionspolitiker:innen.

Die ungarische Regierung gab an, nichts über die Datensammlung zu wissen. Die ungarische Opposition sieht das anders und kritisiert die Fidezs-Partei unter Orban scharf. „Meiner Meinung nach ist das ein Dolchstoß in den Rücken der Pressefreiheit und der Demokratie“, sagt Ana Orosz von der Momentum-Bewegung.

Weiterführende Quellen:

Presse- und Meinungsfreiheit in Ungarn. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.
<https://osteuropa.lpb-bw.de/ungarn-presse-meinungsfreiheit>

Premier startet neue Offensive gegen Journalisten. Spiegel.
<https://www.spiegel.de/politik/ausland/pressefreiheit-in-ungarn-premier-startet-neue-offensive-gegen-journalisten-a-774172.html>

Was wurde eigentlich aus Ungarns Mediengesetz? Spiegel.
<https://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-was-aus-dem-mediengesetz-von-victor-orban-wurde-a-996340.html>

Ungarn will Medien schröpfen. Spiegel.
<https://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-orban-erhebt-sondersteuer-fuer-medien-a-979340.html>

Das Ende der freien Medien in Ungarn? Tagesschau.
<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ungarn-souveraenitaetsverteidigungsgesetz-100.html>